

2008-01-31

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.01.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung

Die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dreibrodt, eröffnet.

2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgerechte Ladung zur Ausschusssitzung wurde festgestellt. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 29.11.2007

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 29. November 2007 wurde einstimmig bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der vorangegangenen Ausschusssitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6. Beschlussvorlage: Anträge auf Gewährung von Personalkostenzuwendungen an Verbände und Vereine der freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2008
Vorlage: DR/BV/002/2008/V-50

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Tschirnich, Amtsleiterin Sozialamt, ergänzte zur Vorlage. Sie wies u. a. darauf hin, dass eine Mittelfreigabe für das 1. Halbjahr 2008 durch die Kämmerei erfolgte. Aufgrund der satzungslosen Zeit erfolgt die Gewährung der Personalkosten für das 1. Halbjahr 2008 als monatliche Pauschalzahlung.

Herr Gebhardt:

Warum wird diese Beschlussvorlage nicht den Antragstellern zur Verfügung gestellt? Dies wird in anderen Kommunen/Landkreisen so gehandhabt.

Herr Wolfram:

Grundsätzlich war in der Vergangenheit bei der Verteilung von Titel die Antragstellung Grundlage für die Gewährung. Ich habe immer dafür plädiert, wenn die Mittel durch die Kämmerei freigegeben wurden, dass zuerst das politische Gremium über diese Anträge abstimmt. Mit einer Reihe von Trägern wurde im Vorfeld im Sozialamt gesprochen, weil die Höhe der beantragten Mittel oft nicht dem Haushaltsvolumen entsprechen. Wenn die Vorlage vor der Beratung im Ausschuss allen Trägern ausgereicht werden würde, würden wir eine Diskussion entfachen ohne dass wir das Votum der Ausschussmitglieder haben. Ich halte das individuelle Gespräch hier für richtig. Ich halte auch das Interesse der Liga der freien Wohlfahrtspflege, die Vorlage vor der Beschlussfassung im Ausschuss zu kennen, für legitim. Wir werden zukünftig das Gespräch mit der Liga vor der Ausschusssitzung suchen.

Frau Tschirnich bestätigte, dass ab sofort vor der Sitzung das Gespräch mit Frau Nickel geführt wird. Das wurde mit ihr unmittelbar vor Beginn der heutigen Sitzung so abgesprochen.

Herr Dr. Plettner:

Die Privatinsolvenz nimmt in Dessau deutlich zu, wir streichen aber bei der Schuldnerberatung z. T. erheblich. Bitte um Erklärung.

Frau Gebhardt:

Bei der Insolvenzberatung des Diakonischen Werkes wurden 1.000 EUR gestrichen. Das Gespräch mit dem Träger wurde geführt. Es gibt das Einverständnis, dass der Träger die Differenz von 1.000 EUR selbst aufbringen wird. Durch den Straffälligenverein erfolgte die Antragstellung auf der Basis der Wochenarbeitszeit von 40 Stunden/Woche. Bisher wurden 30 Wochenstunden bezuschusst. Der Träger erklärte sich mit der Verfahrensweise (30 Wochenstunden) einverstanden. Zu den Anträgen wurde mit den einzelnen Trägern gesprochen, es erfolgte Einigung mit den Trägern zu den Kürzungen.

In der letzten Ausschusssitzung wurde nach den Wartezeiten bei der Schuldnerberatung gefragt. Die Schuldnerberatung beim Diakonischen Werk ermöglicht bei ganz drin-

genden Fällen einen Gesprächstermin innerhalb einer Woche, ansonsten gibt es ein Gespräch innerhalb von 2 bis 3 Wochen.

Frau Andrich:

Ist es evtl. im Verlaufe des Jahres noch möglich, Mittel aus dem städtischen Haushalt zu erhalten, um beim Straffälligenverein die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden bezuschussen zu können?

Herr Wolfram:

Der Verein für Straffälligenhilfe leistet in Dessau eine wichtige Arbeit. Wir sind zu Beginn der Haushaltsdiskussion, wir werden jede Möglichkeit nutzen, um eine Erhöhung der Stundenzahl für den Verein zu erreichen. Spätestens zum 30.06.2008 wird im Sozialausschuss Rechenschaft darüber abgelegt, wie wir manche Dinge noch heilen konnten.

Herr Puttkammer:

Bei jedem Verein wurde eine Kürzung vorgenommen, aber beim Multikulturellen Zentrum nicht. Warum?

Frau Gebhardt:

Bereit in den vergangenen Jahren gab es ein Haushaltskonsolidierungskonzept. In diesem Konzept wurden die Beiträge für die Vereine eingefroren, auch beim Multikulturellen Zentrum und beim Frauenzentrum. Diese Projekte werden vom Land konfinanziert. Sollten wir uns als Stadt aus diesen Projekten herausziehen, würde die Kofinanzierung vom Land nicht mehr erfolgen.

Der Zuschussbetrag der Stadt deckt den Empfang der Landesförderung.

Herr Puttkammer wies ausdrücklich darauf hin, dass er nicht sagen wollte, dass sich die Stadt aus der Finanzierung herausziehen soll.

Herr Wolfram:

In der Mitteldeutschen Zeitung war ein Appell der Brücke veröffentlicht worden; die weitere Arbeit dieses Vereins war in Frage gestellt worden, weil sie keine Unterstützung mit Arbeitskräften durch das Jobcenter erhalten hatten. Der Sachstand ist derzeit so, dass zum 01.02.2008 der Bescheid zur Förderung der Maßnahmen in der Brücke durch das Jobcenter SGB II erteilt wurde.

Herr Puttkammer:

Die Beschlussvorlage beinhaltet eine Priorität. Ich bitte um eine Übersicht, welchen Anteil wir an der Haushaltskonsolidierung geleistet haben.

Herr Wolfram sicherte den Erhalt dieser Übersicht zu.

Beschlussvorschlag 1:

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Stadt Dessau-Roßlau stimmt zu, dass die Gewährung von Personalkosten für Beratungs- und Betreuungsangebote nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) aus der Haushaltsstelle "Sonstige Zuschüsse Wohlfahrtsverbände" 47000.71801 im Haushaltsjahr 2008 Priorität hat.

Beschlussvorschlag 2:

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Stadt Dessau-Roßlau stimmt zu, im Haushaltsjahr 2008 Personalkosten für MitarbeiterInnen, die in den nachfolgend genannten Vereinen in den jeweiligen Projekten (Anlage) tätig sind, entsprechend der Anlage zu gewähren. Für die satzungslose Zeit werden zunächst monatliche Pauschalzahlungen vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag 1:

9 : 0 : 0

Beschlussvorschlag 2:

7 : 0 : 2

7. Bericht zur Arbeit der Telefonseelsorge

Frau Gebhardt führte zum Tagesordnungspunkt ein. Herr Krov-Raak ist seit letztem Jahr Leiter der Telefonseelsorge in Dessau-Roßlau. Die Telefonseelsorge wird mit städtischen Mitteln gefördert.

Herr Krov-Raak berichtete:

- seit April 2007 Leiter der Telefonseelsorge in Dessau-Roßlau
- Telefonseelsorge ist anonymen Dienst, der darin besteht zuzuhören, mitzutragen und u. U. weiterzutragen, an andere zu verweisen.
- Mitarbeiter sind ehrenamtlich tätig und bleiben anonym.
- Anrufer bleiben anonym.
- Direkte Hilfe ist in den meisten Fällen durch die Telefonseelsorge nicht möglich. Die Mitarbeiter der Telefonseelsorge können bei der Klärung von Problemen helfen, indem sie auf andere Beratungsstellen verweisen.
- In Dessau-Roßlau sind zurzeit 70 Ehrenamtliche in der Telefonseelsorge am Telefon tätig – 24 Stunden/Tag; 15 Personen sind derzeit in der Ausbildung.
- Die Besonderheit der Telefonseelsorge in Dessau-Roßlau ist die, dass es zwei Außenstellen gibt, eine in Wittenberg und eine in Wernigerode. Derzeit ist die Hälfte der Ehrenamtlichen in Dessau-Roßlau tätig und je ein Viertel in Wittenberg und Wernigerode.
- Der Bedarf an Gesprächen mit der Telefonseelsorge nimmt zu; im Jahr 2007 wurden ca. 18.000 Gespräche geführt, das sind gut 1.000 mehr als im Jahr 2006.
- Die Telefonseelsorge ist ein wichtiger Dienst am Menschen, es gibt aber auch Scherzanrufer. Dies sind ca. 30 % aller Anrufe, die Anrufer sind vor allem Kinder und Jugendliche.
- Auf einen Anrufer, der die Telefonseelsorge erreicht, kommen ca. 10 Anrufe, die die Telefonseelsorge nicht erreichen, weil der Anschluss besetzt ist.
- Im Jahr 2007 waren 60 % der Anrufer Frauen und 40 % Männer. Etwa 30 % der Anrufer sind Alleinlebende, deren Thema ist meist die Einsamkeit. Die beiden größten Themen sind Probleme in der Partnerschaft sowie Probleme von Menschen, die von

psychischen Beeinträchtigungen betroffen sind. Ein wichtiges Thema ist auch die Sexualität, diese Thematik wird vor allem von Kindern und Jugendlichen eingebracht. Themen wie Alkoholabhängigkeit und finanzielle Schwierigkeiten spielen bei den Anrufern der Telefonseelsorge eine untergeordnete Rolle.

- 33 % der Anrufer gehören zur Altersgruppe der unter 30-Jährigen, 53 % der Anrufer sind im Alter von 30 bis 59 Jahre.
- Anruferdauer: 27 % der Anrufe dauern bis zu 6 Minuten (vor allem Informationsweitergabe), über die Hälfte der Gespräche dauern von 12 Minuten bis zu einer Stunde. Die Dauer der Gespräche nimmt zu.
- Erstanrufer machen ca. 1/3 der Gespräche aus, Daueranrufer über die Hälfte. Auch diese Zahlen nehmen ständig zu.
- Telefonseelsorge arbeitet deutschlandweit auch schon per E-Mail und im Chat.
- Die Ehrenamtlichen erhalten eine Ausbildung von ca. einem Jahr, um Gespräche führen zu können. Die Ausbildung und die ständige Weiterbildung sind kostenlos für die Ehrenamtlichen, die Fahrtkosten der Ehrenamtlichen werden übernommen. Nach der Ausbildung verpflichten sich die Ehrenamtlichen zu zwei Jahren Dienst am Telefon sowie sich regelmäßig weiterzubilden und ein Mal monatlich an der Supervision teilzunehmen.

Herr Wolfram dankte in Namen der Stadt Herrn Krov-Raak und allen Ehrenamtlichen für die Tätigkeit. Die Stadt Dessau-Roßlau wird diese Arbeit immer begleiten.

Herr Dr. Plettner:

Wer übernimmt die Supervision? Ist Herr Krov-Raak Psychologe?

Herr Krov-Raak:

Bin von Haus aus Erziehungswissenschaftler, komme aus Halle und habe die Telefonseelsorge von der Pike auf gelernt. Supervision wird durch mich durchgeführt.

Frau Stöbe fragte nach der Altersstruktur der Ehrenamtlichen.

Herr Krov-Raak:

Im Wesentlichen sind es ältere Ehrenamtliche, Bürger im Ruhestand. Diese Bürger haben die Zeit, auch die Nachtdienste abzusichern. Aber es gibt auch jüngere Menschen (30 – 35 Jahre), die ehrenamtlich in der Telefonseelsorge tätig sind.

Herr Schwierz:

Wie ist der Anteil Männer und Frauen bei den Ehrenamtlichen?

Herr Krov-Raak:

Etwa 10 % der Ehrenamtlichen sind Männer und 90 % Frauen.

Der Ausschussvorsitzende dankte für die interessanten Ausführungen und wünschte viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

8. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Herr Wolfram:

- Der Ausschuss hat ihn in der letzten Sitzung beauftragt hinsichtlich Behindertenbeauftragter und Seniorenbeauftragter so zu verfahren wie in der Sitzung besprochen.
Für die Stadtratssitzung am 30. Januar 2008 wurde eine Vorlage zur Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten und eine Vorlage für die zeitweilige Bestellung des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten eingebracht.
- Heute ist eine wichtige Beratung der Kassenärztlichen Vereinigung in Magdeburg. In der Beratung, an der für die Stadt die Amtsärztin, Frau Schmidt, sowie der Landtagsabgeordnete, Herr Brumme, teilnehmen, wird durch die Kassenärztl. Vereinigung mit Politikern und Kommunen zur medizinischen Versorgung im LSA diskutiert.
- Die Mehrzahl der Parteien ist an die Leitung des Städtischen Klinikums mit der Bitte um ein Gespräch über die Aufgaben des Klinikums und zielorientierte Lösungen herangetreten. Gesprächstermine wurden z. T. bereits vergeben.
- In einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken am 17.12.2007 wurden auch Probleme der Schule Zoberberg angesprochen. Mit der Wiederinbetriebnahme der Schule Zoberberg sollen Lösungen gefunden werden, um Kindern, die von Haus aus die Möglichkeit dazu nicht haben, ein warme Mahlzeit am Tag zu ermöglichen.

Herr Puttkammer:

möchte eine Auskunft über die zukünftige Entwicklung der Rentenempfänger in der Stadt Dessau-Roßlau; in den Medien wird viel über Altersarmut berichtet. Gibt es dazu eine Aufstellung?

Frau Tschirnich:

Im Sozialamt erfolgt die Gewährung von Leistungen der Grundsicherung für auf Dauer erwerbsunfähige und ältere Menschen sowie Gewährung von Leistungen der Sozialhilfe an Personen, die nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind und bei anderen Leistungsträgern keinen anderen oder nur geringfügigen Leistungsanspruch haben. Konkrete Zahlen werden für die nächste Ausschusssitzung aufbereitet.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden um 18:15 Uhr geschlossen.

Dessau, 31.01.08

Hans-Peter Dreibrodt
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer